

GZ: BMöDS-11.400/0234-I/A/3/2018
zur Veröffentlichung bestimmt

GZ: BMF-280806/0017-GS/VB/2018

39/19

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Unterstützung der Judo Weltmeisterschaften 2021

Die Sportstrategie Austria besteht aus mehreren Säulen. Neben dem Ausbau des Breitensports, der Spezialisierung des Spitzensports und der Verbesserung des Schulsports, stellen auch Leuchtturmprojekte, wie internationale Sportgroßveranstaltungen eine wesentliche Säule der Sportstrategie Austria dar. Als erstes Leuchtturmprojekt konnte nun die Judo-WM nach Österreich geholt werden. Der Österreichische Judoverband (ÖJV) beabsichtigt, die Judo Weltmeisterschaften vom 5. bis 20. September 2021 in Österreich durchzuführen. Nach Finanzierungszusagen wurde der Vertrag über die Vergabe der Weltmeisterschaften zwischen dem Internationalen Judoverband (IJF) und dem ÖJV am 4. bzw. 17. Juli 2018 verbindlich abgeschlossen.

Ausgehend von den Zahlen der letzten Weltmeisterschaften erwarten sich die Veranstalter rund 800 Athleten aus 130 Nationen. Hinzu kommen 800 Offizielle (400 Betreuer und Ärzte/Physiotherapeuten, 250 Offizielle für Kongress und 100 Staff: IJF – Kampfrichter, Technik, Funktionäre und 50 VVIP IJF). Die Veranstalter erwarten bis zu 3.000 zusätzliche Zuseher täglich, an Wochenenden mehr. Die Weltmeisterschaft wird in bis zu 190 Ländern im Fernsehen übertragen. Dies bedeutet 3 parallele Satelliten-Übertragungen (alle 3 Matten werden gleichzeitig übertragen), an ca. 7 Stunden pro Tag, 8 Tage lang und damit 168 Stunden Live-Programm aus Österreich.

Erklärtes Ziel der Veranstalter ist es, gemeinsam mit dem IJF und der Republik Österreich eine nachhaltige Veranstaltung entsprechend der Sportstrategie Austria zu planen: Tragen der Judowerte in die Bevölkerung, Steigerung der Bekanntheit des

Judo, Kooperation mit Schulen als Zuseher und Einbindung der Kinder in Schnupperstunden mit Judostars, Erhöhung des Anteils der judotreibenden Bevölkerung, Verpflichtung zu einem sauberen Sport (Anti-Doping, Fair-Play-Code), Berücksichtigung ökologischer Aspekte („Green Event“: kurze Wege, Forcierung des öffentlichen Verkehrs, keine Energieverschwendung, Vermeidung und Trennung von Müll).

Darüber hinaus stellt die Judo-WM 2021 ein „Leuchtturm-Projekt“ dar, das aufgrund der Teilnahme von voraussichtlich 120 Nationen mit einer Übertragung der Wettkämpfe in 190 Länder Österreich als Austragungsort international bekannt macht. Österreich hat bisher zwei Judo-Weltmeisterschaften ausgetragen: 1975 die Weltmeisterschaften der Männer und 1984 die Weltmeisterschaften der Frauen. Beide Großbewerbe haben entscheidend mitgeholfen, Judo in Österreich zu etablieren, das Interesse an Judo zu steigern und die Athleten zu entwickeln. Medaillen bei den Olympischen Spielen 1984, 1988, 2004 und 2008 waren die Folge dieser positiven Entwicklung.

In der Zeit seither war Österreich Ausrichter von 1 Europameisterschaft Kadetten, 3 Junioren Europameisterschaften, 1 U23-Europameisterschaft, 3 Mannschafts-Europameisterschaften, 1 Europameisterschaft für Blinde und Sehbehinderte, 1 Veteranen-Europameisterschaft und einer Senioren-Europameisterschaft. Seit 1982 werden jährlich Weltturniere / European Open in Österreich veranstaltet, ab 1985 auch internationale Junioren-Turniere, der Junior European Judo Cup in Leibnitz ist einer der größten und am stärksten besetzten der Junior-Worldtour. Das OTC Mittersill ist das größte Judo-Trainingslager weltweit.

Die Veranstalter beziffern die Gesamtkosten für die Durchführung dieser Sportgroßveranstaltung mit € 12.000.000,--. Der Finanzierungsplan sieht Eigenmittel der Veranstalter (Ticketverkauf, Sponsoring) sowie Förderungen vor.

Um die für den Österreichischen Sport im Rahmen der Österreichischen Sportstrategie wichtige Veranstaltung sicherzustellen, ist eine umfassende Förderung durch den Bund notwendig: Die eingesetzten Eigenmittel des Österreichischen Judoverbandes werden € 3.000.000,-- betragen. Weitere Mittel werden durch Werbe- und Sponsoreneinnahmen sowie andere Fördergeber aufgebracht werden; der verbleibende offene Teil wird vom Bund getragen.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung möge diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Heinz-Christian Strache

Hartwig Löger

12. Dezember 2018